

**Dokumentation der
Informationsveranstaltung „Runder Tisch Hochwasser“
am 20. November 2013**

Beginn: 9:30 Uhr Ende: 14:13 Uhr

Moderation: Michael Fastring, Fachdienstleiter Umwelt beim Kreises Wesel

Teilnehmer/innen: - siehe beigefügte Anwesenheitsliste -

Herr Landrat Dr. Ansgar Müller begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Landrat Müller nahm Bezug auf das verheerende Hochwasser in Süd- und Ostdeutschland im Frühsommer 2013. Mittlerweile mag zwar die Erinnerung schon verblasen. Aber doch stehen alle für den Hochwasserschutz Verantwortlichen in der Verantwortung aus diesem Hochwasser und den damit verknüpften Ereignissen und Erkenntnissen Lehren zu ziehen. Nachfolgend stellte er **Herrn Michael Fastring** als Moderator der Veranstaltung vor und gab das Wort an ihn weiter.

Herr Fastring stellte zunächst den geplanten Ablauf der Veranstaltung vor und kündigte zwei Diskussionsrunden im Anschluss an die beiden Vortragsblöcke an. Nach einer kurzen Vorstellung der externen Referenten übergab er das Wort an **Herrn Stephan Beer** (Fachkoordinator Wasserwirtschaft beim Kreis Wesel), der einen kurzen Einblick in die inhaltlichen Grundlagen und Kartenwerke der Hochwasservorsorge gab (siehe Anlage 1).

In dem darauffolgenden Vortrag von **Herrn Martin Lehmann** (Wasserverband Obere Lippe) wurde der praktische Nutzen der Hochwassergefahrenkarten für beteiligte Behörden und Organisationen, aber auch den interessierten Bürger erläutert (siehe Anlage V1).

Im Anschluss hielt **Herr Bernd Isselhorst** (Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 54 Wasserwirtschaft) einen Vortrag zum Thema ‚Stand der Deichsanierungen und Perspektiven der Landesförderung für Hochwasserschutz‘ und lieferte in diesem Zusammenhang aussagekräftige Informationen zu den einzelnen Deichabschnitten im Kreis Wesel (siehe Anlage V2).

Zum Thema der Landesförderung im Deichbau konnte er mitteilen, dass aktuelle Förderbescheide für Deichbaumaßnahmen noch mit einer 80-prozentigen Förderung ausgestellt werden, sodass auch die Maßnahme Orsoy-Land III unter dieser Voraussetzung abgewickelt werden könne.

Auf diese beiden Vorträge folgte sodann eine Diskussionsrunde.

Frau Steindor (Hochwasserschutzverband Niederrhein) äußerte die Frage, ob Vertreter des Umweltministeriums eingeladen worden wären und wenn Ja, warum diese den Termin Runder Tisch Hochwasser dann nicht wahrnehmen. Desweiteren merkte sie an, dass die Homepage des Kreises Wesel insbesondere im Hinblick auf

die Navigierbarkeit und Informationsfülle zum Hochwasserschutz nicht ausreichend sei und keine Karten zu diesem Sachverhalt mehr zur Verfügung stehen.

Darauf erläuterte **Herr Fastring**, dass Vertreter des Umweltministeriums eingeladen worden seien, deren Terminplanung aber bisweilen einen Vorlauf von über einem Jahr hätte und insofern Terminkollisionen unvermeidbar seien. Der Internetauftritt des Kreises Wesel befinde sich in Bearbeitung. Im neuen Jahr werde eine neue Homepage zur Verfügung stehen, die dann u. a. auch eine Verlinkung zu den Hochwassergefahrenkarten enthalte. Ergänzend erklärte **Frau Christiane Otto-Böhm** (Kreis Wesel), dass die Aufbereitung des Kartenmaterials zu Hochwassergefährdung und Höhenlage für die Homepage technisch recht schwierig und aufwendig sei. Die zu Grunde liegenden Informationen liegen der Verwaltung GIS-gestützt vor und können auch von interessierten Bürgern im Kreishaus eingesehen werden.

Herr Lehmann wies darauf hin, dass die Hochwasserrisikokarten im Zuständigkeitsbereich des Wasserverbandes Oberen Lippe für die Öffentlichkeit im Internet zugänglich seien.

Herr Pucher (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) stellte die Frage, ob den örtlichen Feuerwehren im Kreis Wesel die jeweiligen Hochwasserrisikopläne zur Verfügung stünden. Weiter wollte er wissen, ob die Pumpanlagen der LINEG im Kreisgebiet überflutungssicher seien. Er stellte auch fest, dass der Runde Tisch Hochwasser auf Betreiben von Bürgerinitiativen entstanden sei genauso wie die Forderung, Kartenmaterial zur Hochwassergefährdung der Öffentlichkeit im Internet zur Verfügung zu stellen. Seit 2,5 Jahren suche man diese vergeblich im Internet, der Kreis möge diese endlich wieder zur Verfügung stellen.

Herr Rassier (Kreis Wesel) teilte mit, dass Risiko- und Gefahrenkarten allen Kommunen im Kreis Wesel zur Kenntnisnahme vorliegen und somit auch den örtlichen Feuerwehren zur Verfügung stehen. **Herr Limke** (Stadt Voerde) bestätigte, dass die Bezirksregierung beispielsweise die Stadt Voerde im Rahmen der Hochwasserrisikomanagement-Planung mit den entsprechenden Kartenwerken versorgt habe. Die zuständige Bezirksregierung will bis Ende des Jahres alle Karten fertiggestellt haben und bis Februar 2014 die Öffentlichkeit informieren. Die Stadt Voerde habe Ihre Politik dementsprechend informiert.

Ein Zugriff auf die unter „www.flussgebiete.nrw.de“, eingestellten Hochwasserrisiko- und -gefahrenkarten konnte noch während der Veranstaltung präsentiert werden.

Herr Kempken (LINEG) erläuterte, dass die Hochwassergefahrenkarten sehr hilfreich seien und unter anderem Hinweise zum Gefährdungspotential für die Pumpanlagen enthielten. Das daraus abgeleitete Hochwasserrisikomanagement sei angelaufen und müsse nun in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden. Auf die Zwischenfrage von **Herrn Pucher** wie viele Pumpen der LINEG zur Verfügung stünden, antwortete **Herr Kempken**, dass die ca. 400 Anlagen nur teilweise hochwasserfrei und speziell geschützt seien.

Herr Dr. Lang wies darauf hin, dass durch den untertätigen Abbau Senkungen des Geländes verursacht werden und dadurch das Schadenspotential bei einem Hochwasserereignis extrem erhöht werde. Daher forderte er die Stilllegung des Steinsalz-Bergwerkes Borth. Zudem sei für ihn nicht nachvollziehbar, wieso die Deichertüchtigungen Mehrum III und II nicht zusammen durchgeführt werden. Zwecks Steuerung und Koordination der Hochwasserschutzplanung sei seines Erachtens die Einrichtung einer zentralen Bundesbehörde erforderlich.

Herr Isselhorst führte aus, dass sich das Schadenspotenzial durch den Bergbau bekannter Maßen erheblich erhöht habe, aber ein generelles Bergbauverbot nicht möglich sei. Grundsätzlich sei ein Abbau unter Deichen immer mit der Vorwegnahme von Ausgleichmaßnahmen verbunden, in den Bergsenkungsgebieten wiesen die Bauhöhen der Deiche zudem ein zusätzliches Freibord von 0,5 Meter auf.

In Bezug auf die Baumaßnahmen im Bereich des Deichverbandes Mehrum erläuterte **Herr Isselhorst**, dass in der Ortslage Götterswickerhamm keine Fehlmaße gemessen worden seien. Es handele sich hier um ein breites Deichbauwerk, welches sich im Ernstfall sehr gut verteidigen ließe. Aufgrund der innerörtlichen Lage sei hinsichtlich der Ertüchtigung auch eine intensive Abstimmung mit der Bevölkerung erforderlich.

Aus seiner Sicht hätten die Deichverbände in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet, sodass kein Bedarf für die Schaffung einer Bundesbehörde bestehe. Es gelte, die Vorhaben nach und nach abzuarbeiten.

Herr Jansen (CDU-Ortsverband Xanten-Birten) empfindet Abbaugenehmigungen für den Bergbau als einen Eingriff in die persönlichen Belange der Bürger. Durch die bergbaubedingten Senkungen würden materielle Einbußen hervorgerufen, insofern hätte für Bürger ein Vorsorgesystem gefunden werden müssen, ggf. auch der Bau zusätzlicher Bypässe zu anderen Gewässersystemen.

Herr Norff (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) bemängelte die geringen Aufwendungen der Landesregierung für den Hochwasserschutz im Vergleich zur Förderung regenerativer Energien: Er wünschte eine Umverteilung. Desweiteren führte er aus, dass er in Buderich wohne, wo bergbaubedingte Senkungen entstanden seien, die bei Starkregen voll liefen. Er wollte wissen, wer im Schadensfall für die Kosten z.B. auch für zusätzlich erforderliche Regenrückhaltebecken, aufkomme.

Herr Fastring verwies diesbezüglich auf die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg.

Auf die Frage von **Herrn Norff**, ob das in einigen Deichabschnitten eingebaute Bergematerial nicht wieder ausgebaut werden müsse, erläuterte **Herr Isselhorst**, dass dazu aus fachtechnischer Sicht keine Notwendigkeit bestehe. Bergematerial habe sich, sofern es keinen Zerrungen ausgesetzt ist, als guter Baustoff für den Deichbau erwiesen.

Herr Norbert Meesters (MdL) äußerte sich aus Sicht der Landespolitik zur aktuellen Diskussion über die Finanzierung des Hochwasserschutzes und zum bestehenden Umsetzungsdefizit bei der Ertüchtigung der Deiche. Er erläuterte, dass keine Kürzung der Haushaltsmittel erfolgen werde, so dass 30 Mio. Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung stehen, während in den letzten Jahren im Durchschnitt nur 25 Mio. Euro abgerufen worden seien. Allerdings habe es bei der Umsetzung in den Jahren 2006 – 2010 Verzögerungen gegeben. Daher sei das Ziel, 2020 mit allen Maßnahmen zum Hochwasserschutz fertig zu sein, nicht mehr haltbar und um 5 Jahre verschoben. Aktuell gebe es Überlegungen die Förderquote von derzeit 80% auf 70% abzusenken, eine abschließende Entscheidung hierüber sei aber noch nicht gefallen. (**Herr Meesters** kündigte an, die Veranstaltung für 1,5 Stunden wegen Terminkollision verlassen zu müssen.)

Herr Bovenkerk (CDU) merkte an, dass im Rahmen des Runden Tisches vor zwei Jahren seitens des Umweltministeriums noch zugesagt worden sei, mit der Umsetzung des Hochwasserschutzmaßnahmen 2020 fertig zu werden.

Herr Beenen (Deichverband Xanten-Kleve) erläuterte, dass die Deichverbände in den letzten Jahren Sanierungsplanungen angegangen seien, die jedoch von den Genehmigungsbehörden nicht so weiterbearbeitet worden seien, dass die Plangenehmigung absehbar sei. Nur dann könnten Geldmittel beantragt und damit realisiert werden. Daher hätten nur 25 Mio. € der Landesmittel abgerufen werden können. Zudem gab er zu Bedenken, dass es für den Niederrhein erst dann Sicherheit gebe, wenn alle Deiche saniert wären. Er appellierte an die Teilnehmer, den Minister aufzufordern, die erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen zeitnah umzusetzen.

Herr Isselhorst führte aus, dass der Sicherheitsstandard der Deiche am unteren Niederrhein sehr hoch und in Deutschland einmalig sei. Während hier ein 500-jährliches Hochwasserereignis als Bemessungsgrundlage herangezogen werde, werde im Bereich Krefeld nur ein 300-jährliches Hochwasser und in Köln sogar noch geringere Jährlichkeiten zu Grunde gelegt. Es gelte zwar nach wie vor der Grundsatz „Eine Deichanlage ist nur so sicher, wie ihr schwächstes Glied“, aber der Zustand der Deiche im Kreisgebiet sei nicht Besorgnis erregend. Dies habe sich u.a. in den Jahren 1993-1995 mit sehr hohen Wasserständen gezeigt, bei denen die Deiche, trotz der damals noch vorhandenen Mängel allesamt gehalten haben. Insgesamt betrachtet, gebe es allerdings einen Genehmigungsstau, den es abzarbeiten gelte.

Herr Scheers (Deichverband Bislich – Landesgrenze) fügte hinzu, dass seine Verbandsmitglieder auf Grund des Sanierungsstaus eineseits bisher auf optimalen Hochwasserschutz verzichten und andererseits voraussichtlich demnächst einen höheren Eigenanteil für die Schutzmaßnahmen entrichten müssten.

Herr Fastring verwies auf die Ausführungen von Herrn Meesters und sagte, dass die Entscheidung über die zukünftige Höhe der Förderung noch nicht getroffen sei.

Herr Feldmann stellte fest, dass auch einige Deichabschnitte südlich des Kreises Wesel sanierungsbedürftig seien, die für den Kreis Wesel eine Gefährdung darstellen. Auch habe eine Studie aus 2004 viele Schwachstellen aufgezeigt. Er regte an, im nächsten Runden Tisch auch die Hochwasserschutzmaßnahmen im oberstromigen Abschnitt des Rheins näher zu betrachten.

Nach dem Imbiss trug **Herr Hans-Jürgen Bosch** (Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 22 - Katastrophenschutz) einen Erfahrungsbericht zur Hilfeleistung bei den jüngsten Hochwasserereignissen in Magdeburg vor und verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf den enormen logistischen Aufwand derartiger Maßnahmen (siehe Anlage V3).

Im Anschluss folgte ein Vortrag von **Herrn Prof. Dr. Ing. Holger Schüttrumpf** (RWTH Aachen), der die Ursachen für Deichbrüche bei den jüngsten Hochwasserereignissen in Süd- und Ostdeutschland darlegte. In diesem Zusammenhang wurden die unterschiedlichen Versagensmechanismen eines Deichbruchs dargestellt und teilweise anhand von Filmmaterial illustriert (siehe Anlage V4).

Herr Dr.-Ing. Karl Kast (Ingenieurgesellschaft für Umwelt- und Geotechnik – Ettlingen) referierte über das Thema „Rückschlüsse aus den letzten Hochwasserereignissen für die Deiche im Kreis Wesel“ Er stellte die in NRW geltenden Standards des technischen Hochwasserschutzes in den Vordergrund seiner Betrachtung. Im Jahr 2014 sei einen Erlass zur Erstellung eines regelmäßigen Statusberichtes für Hochwasserschutzanlagen zu erwarten. Zudem stellte er die Möglichkeit gezielter Teilflutungen von Polderflächen zur Gesamt-Schadensreduzierung im überschwemmungsgefährdeten Bereich dar (siehe Anlage V5).

Auf diese drei Vorträge folgte dann die abschließende Diskussionsrunde.

Herr Friedrich (Deichverband Bislich - Landesgrenze) stellte die Frage, ob es Untersuchungen zu Extremwasserabflüssen mit Einbeziehung der Nebenflüsse im Bereich von Köln bis zum Niederrhein gebe. **Herr Schüttrumpf** verwies auf die Veröffentlichungen der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR), weitergehende Untersuchungen seien ihm nicht bekannt.

Frau Steindor merkte an, dass ihr im Vortrag von Dr.-Ing. Kast die konkreten Rückschlüsse auf die Situation im Kreis Wesel gefehlt hätten. Sie fragte, welche Notpolder es im Kreis Wesel gebe und ob diese veröffentlicht seien. Ergänzend forderte **Herr Esser** (BIB) für den Fall der gezielten Flutung von Deichabschnitten, dass die Bevölkerung rechtzeitig über die Möglichkeit solcher Notmaßnahmen informiert werde. So muss ggf die Frage der Haftung von Elementarversicherungen neu geklärt werden.

Herr Dr.-Ing. Kast stellte klar, dass er das Wort Notpolder im Zusammenhang mit dem Kreis Wesel nicht verwendet habe. Es gehe um die Versagens-Wahrscheinlichkeit von Hochwasserschutzanlagen und Alternativmaßnahmen in diesem Kontext. Jeder Polder, der geschützt werde, sei letztlich ein „Notfallpolder“. Um bei extremsten Hochwasserereignissen den Deich, und damit den Gesamtschutz vor einem immer katastrophalen Deichbruchereignis zu erhalten, ist es sinnvoll, z.B. mittels technisch besonders gesicherter Überlaufschwelen gezielte Überflutungen zuzulassen. Dabei sei es selbstverständliche Pflicht aller Beteiligten, die Bevölkerung zu informieren und für Sicherheit zu sorgen.

Herr Isselhorst bestätigte, dass seitens der Bezirksregierung keine Notfallpolder vorgesehen seien, ein Rückhaltepolder Orsoy-Land sei im Bereich Rheinberg geplant.

Herr Kuster (VWG) erklärte, dass aus seiner Sicht in der laufenden Veranstaltung keine neuen Erkenntnisse vermittelt worden seien. Aussagen zu den Perspektiven der Landesförderung fehlten ihm ebenso wie konkrete Rückschlüsse auf die Deiche im Kreis Wesel. Weiter kritisierte er, dass der Runde Tisch Hochwasser ihm ursprünglich als nicht-öffentliche Veranstaltung bekannt gewesen sei. Auch warf er die Frage auf, warum der Landrat dem Fachvorträgen nicht beigewohnt habe.

Herr Fastring erklärte, dass **Herr Landrat Dr. Müller** im Rahmen solcher Veranstaltungen üblicherweise die fachliche Diskussion den zuständigen Vorständen und Fachleuten der Kreisverwaltung überlasse. Mit der Eröffnungsrede habe er die grundsätzliche Haltung des Kreises Wesel vertreten. Auch sei über Presse die Öffentlichkeit von der Veranstaltung in Kenntnis gesetzt und eingeladen worden. Die

Konzeption des Runden Tisches habe stets die Teilnahme aller interessierten Personen vorgesehen.

Herr Dr. Lang stellte die Frage, ob in den Deich gerammte Zaunpfähle als mögliche Ursache für einen Deichbruch gelten könnten und ob zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Erosion / Kolkbildung erforderlich seien. **Herr Schüttrumpf** führte hierzu aus, dass Zäune und Masten in der Regel lediglich zur Strömungsverengung führen. Maßgabe der Bezirksregierung sei die Vermeidung von Zäunen und Masten auf dem Deich, erläuterte **Herr Isselhorst**. Allerdings gebe es Wege und Straßen, die zur Sicherung eingezäunt werden müssten. Dabei handele es sich aber um Einzelfälle, die einer Abstimmung mit der Genehmigungsbehörde bedürfen.

Herr Holtkamp (Kreisvorstand des Schafzüchterverbandes) warf die Frage auf, ob zur Oberflächenpflege der Deiche das Mähen ausreiche. **Herr Isselhorst** gab an, dass die Deichunterhaltung mit Vorschriften geregelt sei. Demnach sei eine ausreichende Pflege durch 2-maliges Mähen dann möglich, wenn dies zum richtigen Zeitpunkt (abhängig von der Wetterlage) erfolge. Er favorisiere jedoch die Kombination von Schafbeweidung und Mähen. Problematisch seien die unter Naturschutzaspekten auf einigen wenigen Deichen etablierten Trockenrasengesellschaften. Aufgrund geringer Durchwurzelung und lückiger Bestände sind sie unter Hochwasserschutzaspekten nur als bedingt geeignet. Angemessene Erhaltungsdüngung sei letztlich auch hier erforderlich.

Schafbeweidung sei insofern dann wertvoll, wenn Wühltiere Probleme machen. Durch Schafbeweidung wird Wühltrieb besatz zurückgedrängt. **Herr Norff** unterstützte die Ausführungen von **Herrn Isselhorst** und berichtete aus seiner Erfahrung, dass die Grasnarbe bei einer Beweidung mit Schafen fester sei als ohne. Er wies darauf hin, dass zunehmend Biogasbauern die Schäfer von den Deichen zurückdrängten.

Herr Paeßens (Deichverband Orsoy) wies auf den Umstand hin, dass Finanzierungslücken bei der Deichsanierung entstanden. Die 80-prozentige Landesförderung sei für 2018 zwar zugesichert, aber für die jetzt anlaufenden Baumaßnahmen in 2014/2015 müsse der Deichverband bereits vorfinanzieren, was nicht unerhebliche Mehrkosten bedeute. Zudem wäre bei Deichbaumaßnahmen auch zwingend das Anlegen von Kompensationsflächen (Ausgleichsmaßnahmen für den Eingriff in Natur und Landschaft) gefordert, die vom Verband auch weiter gepflegt werden müssten. Er regte an, diese Regelung, die die Deichverbandsmitglieder sehr belaste, zu überdenken.

Weiter führte er aus, dass der Deichverband Orsoy schon vor langem zur konsequenten Deichüberwachung durch Begehungen und Statusberichte übergegangen sei. Er erachte dies für ein elementares Element im Hochwasserschutz. Nur so lasse sich etwaiger Handlungsbedarf frühzeitig erkennen und eine repräsentative Dokumentation erstellen.

Zum Thema der Deichunterhaltung wies **Herr Paeßens** daraufhin, dass es in Rheinberg nun Bieber in Deichnähe gebe. Hier sei ebenfalls eine Schädigung des Deiches, ähnlich wie bei den Nutrias oder Kaninchen, zu befürchten. Die Jäger, die sich bereit erklärten, die Wühltiere zu jagen, würden vielerorts beschimpft, obschon ihre Arbeit wichtig für den Hochwasserschutz sei.

Herr Pucher (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) bezog sich auf Empfehlungen zur Hochwasservorsorge, wonach Sicherungskästen tendenziell nicht mehr im Keller, sondern hochwasserfrei unter dem Dach eingebaut werden sollten. Die Anregung, Frau Lammersen einzuladen, um über Auswirkungen von Extremhochwasserereignissen am Niederrhein berichten zu können, wird bei der Planung des nächsten Runden Tisches berücksichtigt werden.

Frau Steindor (Hochwasserschutzverband Niederrhein) erkundigte sich, wann die nächste Katastrophenschutzübung sei und bat um Einbeziehung der Bürgerinitiativen. Sie bat darum, die Vortragsfolien zur Verfügung zu stellen.

Herr Fastring sagte zu, dass Zusammenfassung und die Vorträge zeitnah im Internet und auf Anfrage als CD zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bosch teilte mit, dass die letzte Notfallübung zwei Jahre zurück liege und in 2015 die nächste bundesweite Großübung zum Thema Hochwasser mit Beteiligung der Niederlande stattfinden werde. **Herr Rassier** bestätigte, dass die letzte Hochwasser-Übung im Rahmen von VIKING 2011 stattgefunden habe. Er bat um Verständnis, dass auch andere Großschadenlagen beübt werden müssen. Mindestens einmal jährlich würden solche Übungen mit Einberufung des Krisenstabes abgehalten, in 2014 werde eine solche Übung unter dem Aspekt ‚Massenanfall von Verletzten‘ stattfinden.

Herr Pieper (IHK) wies auf das EUREGIO-Projekt ‚Weiterhin sicher arbeiten‘ hin, in dem u.a. ein Leitfaden für Unternehmen hinsichtlich Hochwasservorsorge und –management erarbeitet wurde und inzwischen im Internet abrufbar sei.

Er warf auch Fragen zu den Elementarversicherungen und zur Haftung auf. Weiter stellte er die Frage, wie zukünftig hochwassergefährdete Grundstücke und Gebäude erfasst und finanziell bewertet werden sollen. **Herr Fastring** sicherte zu, dass beim nächsten Runden Tisch die Versicherungs- und auch die Kreditwirtschaft vertreten sein werden.

Abschließend appellierte **Herr Pieper** an die Kreisverwaltung, z. B. in der Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf zum Landesentwicklungsplan (LEP) zu fordern, bestimmte Gewerbegebiete in hochwasserfreien Bereichen anzusiedeln bzw. ggf. in solche zu verlagern.

Abschließend fasste **Herr Czichy** als neuer Vorstand des Vorstandsbereiches 5 die Inhalte der Veranstaltung in drei Thesen zusammen:

- Der Kreis Wesel ist hinsichtlich Hochwasserschutz gut aufgestellt, trotzdem gibt es noch Verbesserungsbedarf.
- Die vordringlichsten Anliegen der Teilnehmer sind der Verzicht des Landes auf die Kürzung der Fördermittel und die Beibehaltung der Förderquote von derzeit 80:20.
- Es soll an die Bezirksregierung und das Ministerium appelliert werden, den Genehmigungsstau bei Hochwasserschutzanlagen schnell abzubauen

Zudem stellte er eine Neuauflage des Runden Tisches Hochwasser, ggf. unter Änderung des Formates, in Aussicht.

Das Schlusswort hielt **Landrat Dr. Müller**, der sich bei allen Beteiligten bedankte und sie ermutigte, sich weiterhin für den Hochwasserschutz zu engagieren.